

Jahresbericht 2013



Heute für ein
Heute für ein **besseres** Morgen.
besseres Morgen.



Jahresbericht 2013

der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

Redaktion: DFK-Geschäftsstelle
Redaktionsschluss: 30. März 2014

© Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention
Bonn, 2014
Alle Rechte vorbehalten

Leitbild

Die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

- sieht gesamtgesellschaftliches, auf Nachhaltigkeit angelegtes Wirken als unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Reduzierung von Kriminalität und die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit an. Kernanliegen ist es, Prävention als Aufgabe in der Verantwortung jedes Einzelnen sowie aller Institutionen und Organisationen von Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren.
- versteht sich als kompetentes Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und fördert die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure.
- bezieht Position zu präventionsrelevanten Themen im Kontext der inneren Sicherheit und vertritt diese konsequent nach außen.
- ergreift die Initiative bei kriminalpräventiven Problemstellungen und stellt dabei Themen von grundlegendem Interesse in den Mittelpunkt.
- setzt sich für eine Verbesserung der Lebenssituation und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer Basisprävention ein.
- trägt dazu bei, dass präventionsrelevante Ansätze und Einwirkungsmöglichkeiten aufeinander abgestimmt den vielfältigen Entstehungsbedingungen und Wirkungszusammenhängen von Kriminalität Rechnung tragen.

Inhalt

1. Überblick 2013	4
2. Sitzung des Kuratoriums am 3. Juni 2013	8
3. Zu den Arbeitsschwerpunkten und anderen Tätigkeitsbereichen	9
3.1 Entwicklungsförderung und Gewaltprävention	9
3.2 Vernetzung und Bündelung kriminalpräventiver Aktivitäten	12
3.2.1 Handlungskonzept zur Prävention von Wohnungseinbruch unter Berücksichtigung wohnwirtschaftlicher Förderansätze	12
3.2.2 Straftaten zum Nachteil älterer Menschen	13
3.2.3 Wirtschaftsschutz und Cyberangriffe	13
3.2.4 Gewalt in Paarbeziehungen	14
3.3 Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)	14
3.4 Kooperationspartnerschaft „Deutscher Präventionstag“	15
3.5 Mitarbeit im Städtenetzwerk Kriminalprävention	16
3.6 Beratung und Unterstützung des Vereins „Kinderfreundliche Kommunen“	17
3.7 Wissensmanagement und Öffentlichkeitsarbeit: Website, Newsletter, Fachpublikationen, Zeitschrift	18
4. Finanzielle Förderung der Evaluation externer Projekte	20
5. Organisation, Personal und Finanzlage der Stiftung	22
5.1 Organisation	22
5.2 Personal	22
5.3 Finanzlage	22
5.4 Jahresabschluss 2012	24
Anhang I: Mitglieder des Kuratoriums	25
Anhang II: Mitglieder des Vorstandes, Beisitzer, Geschäftsstelle	28

1. Überblick 2013

Das Berichtsjahr 2013 war für die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) inhaltlich insbesondere durch die Fortführung und den Ausbau auf dem Gebiet der Gewaltprävention entwickelter Strategien geprägt. Strukturell stand im zurückliegenden Jahr vor allem der schrittweise personelle Aufwuchs der Geschäftsstelle im Vordergrund.

*Projekt
Entwicklungsförderung
und Gewaltprävention*

Im Arbeitsbereich der Gewaltprävention ist es in Zusammenarbeit mit dem im Herbst 2012 eingesetzten Sachverständigenrat „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen“ gelungen, die von dem hochkarätig besetzten Gremium erarbeiteten Gesichtspunkte zur Auswahl und Durchführung wirksamer Präventionsprogramme weiter zu präzisieren und in Form eines Praxisleitfadens und eines zugehörigen Kriterienkataloges aufzubereiten. Beide Werke wurden auf dem Deutschen Präventionstag in Bielefeld unter großem Anklang der (Fach-) Öffentlichkeit vorgestellt. Es handelt sich hierbei um den ersten Schritt einer längerfristig angelegten Zusammenarbeit mit den Sachverständigen. Weitere Schritte, deren Schwerpunkt insbesondere auf der Implementation erfolgversprechender, weil auf den beschriebenen Kriterien beruhender Präventionsansätze und -programme liegt, werden folgen. Nähere Ausführungen hierzu finden sich in Kapitel 3.1 dieses Berichtes.

*Aufwuchs der
Geschäftsstelle*

Der im Berichtsjahr eingeleitete sukzessive Aufwuchs der Geschäftsstelle geht auf einen Beschluss des Arbeitskreises II „Innere Sicherheit“ der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) aus dem Jahre 2012 zurück, in welcher sich dieser nachdrücklich zum DFK bekannt und eine personelle Unterstützung durch vier aus den Ländern im Abordnungs-/Zuweisungswege entsandte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Aussicht gestellt hatte. In Umsetzung dieses Beschlusses haben im Laufe des Jahres 2013 Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen dem DFK entsprechendes Personal zugewiesen. Eine Entsendung aus Bayern währte mit Blick auf die Elternzeit der betroffenen Mitarbeiterin lediglich rund ein halbes Jahr. Deren Nachbesetzung sowie die noch ausstehende Unterstützung durch ein weiteres Bundesland werden voraussichtlich im Laufe des Jahres 2014 erfolgen. Die zugewiesenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen das DFK bei der Wahrnehmung der satzungsgemäßen Aufgaben unterstützen und es vor allem verstärkt in die Lage versetzen, als Ansprechstelle zur Vernetzung und Bündelung gesamtgesellschaftlicher und polizeilicher Kriminalprävention zu fungieren sowie zur Optimierung der Kooperationen auf Bundes- und Länderebene mit anderen staatlichen und nichtstaatlichen Präventionsakteuren beizutragen. Näheres hierzu ist Kapitel 3.2 dieses Berichtes zu entnehmen.

*Professur für
Kriminalprävention und
Risikomanagement*

Besonderer Erwähnung bedarf die im Berichtsjahr erfolgte Einrichtung der Professur für Kriminalprävention und Risikomanagement an der Eberhard Karls Universität Tübingen, der deutschlandweit ersten universitären Forschungseinrichtung dieser Art. Der Deutsche Bundestag hatte im November 2011 beschlossen, im Etat des Bundesministeriums des Innern mindestens bis zum Jahr 2017 entsprechende Mittel zu verankern. Die Ausreichung der Fördermittel erfolgt durch das DFK, dessen inhaltliche Anregungen in den Grenzen der Wissenschaftsfreiheit in die Forschungstätigkeit der neuen Institution mit einfließen können.

Nach entsprechender Ausschreibung durch die Universität Tübingen konnte die Professur zum 1. Oktober 2013 mit Frau Professor Dr. Rita Haverkamp (vormals Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht Freiburg) besetzt werden. Nähere Ausführungen zur Tätigkeit der Professur sind mit Blick auf ihre erst zum Wintersemester erfolgte Einrichtung dem Jahresbericht 2014 vorbehalten.

Auch eine weitere, kurz vor Ende des Geschäftsjahres eingetretene personelle Veränderung ist zu erwähnen:

*Wechsel der
Präsidentschaft*

Mit Ernennung des neuen Bundesministers der Justiz und für Verbraucherschutz Heiko Maas am 17. Dezember 2013 hat dieser satzungsgemäß auch das Amt des Kuratoriumspräsidenten des DFK übernommen. Er folgt der bisherigen Amtsinhaberin, Frau Bundesministerin a.D. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die dem Kuratorium seit dem 25. Juni 2012 vorgestanden hatte.

Die finanziellen Rahmenbedingungen der Stiftung waren in Anbetracht der anhaltenden Niedrigzinsphase auch im Berichtsjahr 2013 nicht unproblematisch. Wie bereits in den Vorjahresberichten ausgeführt, war es mit Blick auf die Ertragslage erforderlich, an die Ausgabendisziplin in den Grenzen der gemeinnützigkeitsrechtlichen Vorgaben einen besonderen Maßstab anzulegen. Kapitel 5.3 des Jahresberichtes beschreibt die Finanzlage im Einzelnen.

*Finanzielle
Rahmenbedingungen*

Ungeachtet des ertragsbedingt engen Eigenbudgets ist es mit Hilfe einer im Berichtsjahr erneut gewährten finanziellen Zuwendung aus dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sowie des äußerst tatkräftigen Engagements der Geschäftsstelle gelungen, die satzungsgemäßen Aufgaben des DFK auch in diesem Jahr nachhaltig und sichtbar zu erfüllen. Nachfolgend die – in den folgenden Kapiteln vertieft beschriebenen – Tätigkeiten im Überblick:

- Fortsetzung der Arbeit des Sachverständigenrates im Projekt „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen“ und Publikation der Arbeitsergebnisse als Fachbroschüre
- Fortsetzung der in 2009 begonnenen und Aufnahme neuer Förderungen von Evaluationen externer Projekte (Prüfung der Förderanträge, Analyse der Zwischenberichte, Prüfung möglicher Rückzahlungen, Bewilligung weiterer Fördermittel etc.), namentlich:
 - „FAMOS – Familien optimal stärken“ – in der „Modellregion für Erziehung Paderborn“ (Nordrhein-Westfalen)
 - Gewaltprävention in Kitas und Schulen im Landkreis Ostprignitz/Ruppin (Brandenburg)
 - Buddy-Modellprojekt „buddYs im Übergang Kita/Grundschule“
 - PARTS – Programm zur Förderung von Akzeptanz, Respekt, Toleranz und Sozialer Kompetenz
- Nationale Kontaktstelle im „Europäischen Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)“: Unterstützung der nationalen Repräsentanten bei der Vor- und Nachbereitung des deutschen Beitrages für die Europäische Best-Practice-Konferenz in Litauen sowie Mitwirkung an einem Expertenworkshop zur Erarbeitung der EUCPN-Toolbox „Evaluation“ in Dublin

*Entwicklungsförderung
und Gewaltprävention*

*Förderung der Evaluation
externer Projekte*

*FAMOS – Familien
optimal stärken*

*Gewaltprävention in
Ostprignitz/Ruppin*

Buddy

PARTS

*Europäisches Netzwerk
für Kriminalprävention
(EUCPN)*

- 18. DPT
 - Beteiligung am 18. Deutschen Präventionstag mit einem Präsentationsstand sowie Vorstellung des DFK-Projektes „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen“ im Rahmen eines moderierten Fachgespräches mit den Sachverständigen Prof. Dr. Beelmann, Dr. Böhm, Prof. Dr. Heinrichs, Prof. Dr. Preiser, Prof. Dr. Scheithauer

- 29. Jugendgerichtstag
 - Beteiligung am 29. Jugendgerichtstag „Jugend ohne Rettungsschirm. Herausforderungen annehmen!“ in Nürnberg mit einem Präsentationsstand

- Städtenetzwerk
 - Mitgliedschaft im Städtenetzwerk Kriminalprävention
- Kinderfreundliche Kommunen
 - Mitgliedschaft in der Sachverständigenkommission des Vereins „Kinderfreundliche Kommunen e.V.“
- Fachbeirat TARGET
 - Mitgliedschaft im Fachbeirat des Forschungsverbundes „Tat- und Fallanalysen hochexpressiver zielgerichteter Gewalt (TARGET)“
- BLAG Häusliche Gewalt
 - Mitarbeit in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Häusliche Gewalt
- IMA Kriminalprävention
 - Mitarbeit in der interministeriellen Arbeitsgruppe (IMA) Kriminalprävention der Bundesregierung
- Forum Compliance & Integrity
 - Mitarbeit im Forum Compliance & Integrity – Anwenderrat für Wertemanagement (FCI)
- NIB
 - Mitarbeit im „Netzwerk innovativer Bildungsprogramme (NIB)“
- Kooperationen
 - Kooperation mit den Landespräventionsgremien und Teilnahme an der Jahrestagung ihrer Geschäftsführer
- Fachvorträge
 - Fachvorträge
 - zum Thema „Kriminalprävention: nachhaltig, zeit- und phänomengemäß?“ beim 19. Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit “Sozialer Friede, Sicherheit und Freiheit“
 - zum Thema „Kriminalprävention in der Kommune – Was macht den Erfolg aus?“ im Plenum des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Ludwigs-hafen
 - zum Thema „Entwicklung der Kriminalprävention und ihrer lokalen Koordination in Deutschland“ im Rahmen einer vom Europäischen Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN) unterstützten Fachkonferenz der Universität Krakau

- Kongresse
 - Vertretung der Stiftung bei Landespräventionstagen sowie nationalen und internationalen Fachkongressen (etwa Herbsttagung und Forum KI des Bundeskriminalamtes, DB-Sicherheitskonferenz, Verleihung des Förderpreises der Stiftung Kriminalprävention, Tagung der Kriminologischen Gesellschaft [„Risiken der Sicherheitsgesellschaft“], Genfer Konferenz „Jugend und Gewalt“, Kriminologische Tagungen der Universität Siegen [„Devianz als Risiko“] und der Technischen Universität Berlin [„Dynamische Arrangements städtischer Sicherheitskultur / DynASS“], Abschlusstagung des Projektes „Networks Against School Shootings / NETWASS“ der Freien Universität Berlin)

- forum kriminalprävention
 - „forum kriminalprävention“: Redaktion und Herausgabe der viermal jährlich erscheinenden Fachzeitschrift des DFK

- Website
 - Inhaltliche Erweiterung und Redaktion der DFK-Website

- Redaktion und Herausgabe des DFK-Newsletters *Newsletter*
- Gewährleistung der Arbeit der Stiftungsorgane sowie der Stiftungsverwaltung (Kuratoriumssitzung, Vorstandssitzungen, Budgetplanung und Mittelverwaltung, Buchhaltung, Jahresabschluss, Jahresbericht) *Stiftungsverwaltung*
- Erledigung von Bürgeranfragen, Publikationsversand, Beantwortung journalistischer Anfragen etc. *Bürgeranfragen*

2. Sitzung des Kuratoriums am 3. Juni 2013

Kuratoriumssitzung 2013

Das Kuratorium trat im Berichtsjahr am 3. Juni im Gustav-Heinemann-Saal des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zu seiner jährlichen Sitzung zusammen.

In Vertretung der Kuratoriumspräsidentin, Frau Bundesministerin der Justiz Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, hieß Frau Staatssekretärin Dr. Birgit Grundmann die Kuratorinnen und Kuratoren willkommen. Sie wies auf die Bedeutung und die Ergebnisse der Arbeiten des DFK zur Entwicklungsförderung und Gewaltprävention hin, bedankte sich bei den Expertinnen und Experten des hierzu eingerichteten Sachverständigenrates und begrüßte dessen geplante Fortsetzung (vgl. hierzu Kapitel 3.1 dieses Berichtes). Sie befürwortete den im Rahmen des Zukunftsdialogs der Bundeskanzlerin von Präventionsexperten entwickelten Ansatz, der Kriminalprävention unter Ein-

beziehung bereits bestehender Strukturen einen höheren Stellenwert zuzumessen. Schließlich blickte sie auf das vom DFK ausgerichtete Symposium zur Prävention von Rechtsextremismus im Herbst 2012 zurück und betonte die Bedeutung der Wirtschaft bei dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe.

*Ansprache
der Staatssekretärin*



Staatssekretärin Dr. Birgit Grundmann

Foto: DFK

*CSR-Vortrag von
Prof. Dr. Wieland*

Eine weitere Facette der sozialen Verantwortung der Wirtschaft zeigte Herr Prof. Dr. Josef Wieland, Leiter des Lehrstuhls für Institutional Economics, Organisational Governance, Integrity Management & Transcultural Leadership an der Zeppelin University Friedrichshafen im Rahmen eines anregenden Vortrags auf. Insbesondere erläuterte er die Bedeutung von CSR-Standards in einer globalisierten Wirtschaft und zusammenwachsenden Gesellschaftssystemen.



Prof. Dr. Josef Wieland

Foto: DFK

3. Zu den Arbeitsschwerpunkten und anderen Tätigkeitsbereichen

3.1 Entwicklungsförderung und Gewaltprävention

Der im Herbst 2012 einberufene Sachverständigenrat „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen“ hat in intensiver gemeinsamer Arbeit mit der Geschäftsstelle im Frühjahr 2013 die ersten Impulse für die Auswahl und Durchführung wirksamer Programme zur Förderung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und der Prävention von Gewalt in dieser Altersgruppe in Form eines Leitfadens vorgelegt, der sowohl als Broschüre als auch über die Website des DFK publiziert ist.

Sachverständigenrat

Leitfaden für die Praxis



*Präsentation des DFK-Sachverständigenrats
Foto: Weigel/DFK*

Format und Inhalte wurden im Rahmen eines Podiumsgesprächs mit ausgewählten Sachverständigen beim 18. Deutschen Präventionstag (DPT) präsentiert und mit zahlreichen interessierten Teilnehmern/innen diskutiert.

*Präsentation beim
18. Deutschen
Präventionstag*

Der Leitfaden knüpft an die Expertise „Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und

Jugendalter“ an und erweitert die fördernde und präventive Perspektive insbesondere um Aspekte der Effektivität, der Messung von Wirksamkeit und Umsetzungsqualität sowie der Implementierung in Kitas und Schulen. Schließlich werden Fragen des Transfers und einer weitergehenden Verbreitung (Dissemination) von wirksamen und praxistauglichen Präventionsangeboten erörtert.

*Effektivität, Wirk-
samkeitsmessung und
Umsetzungsqualität
von Prävention*



Broschüren

Der Leitfaden richtet sich an professionelle Praktiker, aber auch an Entscheidungsverantwortliche in Institutionen, Verwaltung und nicht zuletzt an die Politik.

Zielgruppen

Die von der Stiftung herausgegebene Zeitschrift *forum kriminalprävention* hat die Inhalte des Leitfadens aufgegriffen und einzelne Kapitel jeweils als eigenständige Artikel in der Ausgabe 2/2013 veröffentlicht.

Nachfrage der Wissensangebote

Die Nachfrage nach den Publikationen ist erfreulich groß, häufig als Sammelbestellung für Tagungen und Seminare. Der Versand erfolgt durch die Geschäftsstelle und ist für die Empfänger kostenfrei.

Planung weiterer Schritte

DFK und Sachverständige sind sich im Klaren, dass es zur Fortentwicklung der Präventionsarbeit für junge Menschen weiterer Schritte bedarf, etwa zur Verbesserung von Wissenstransfer und praktischer Umsetzung: Wie kann es gelingen, die im Leitfaden dargestellten Erkenntnisse noch besser zu verbreiten und einen strukturell spürbaren Fortschritt bei der präventiven Arbeit in allen Handlungsfeldern und insbesondere in den pädagogischen Institutionen zu erreichen?

Empfehlungen des SV-Rates

Der DFK-Sachverständigenrat diskutiert diese Fragen fortlaufend und wird auch weiterhin daran mitarbeiten, Qualität und Verbreitung entwicklungsorientierter Prävention zu fördern. Er empfiehlt der Stiftung und ihren Kooperationspartnern, unter anderem folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

Webportal

- Die Instrumente des Wissenstransfers sind weiter auszubauen. Beispielsweise können über ein Webportal Hinweise und Hilfestellungen, die für unterschiedliche Bedarfe in den Institutionen, Ämtern und bei den Trägern sozialer Arbeit nützlich sind, gegeben werden. Dabei sind bereits vorhandene, qualitativ gute Wissensangebote zu integrieren.

Programmempfehlungen

- Das Wissensangebot eines bedarfsgerechten Webportals sollte sich nicht nur auf die expliziten Empfehlung effektiver Programme konzentrieren, sondern diese in den Kontext zentraler Aspekte wie wissenschaftliche Fundierung, Zielgruppenauswahl, Setting, Timing, Intensität, Methoden, Didaktik, besondere Rahmenbedingungen stellen.

Kooperation mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen

- Die Erkenntnisse und Programmempfehlungen der „Grünen Liste Prävention“ des Landespräventionsrates Niedersachsen sollten aufgegriffen und mit dem Webportal verknüpft werden. Zuvor sollten Systematik, Verfahren und Ergebnisse konstruktiv geprüft und ggf. Modifizierungen empfohlen werden.

Implementierung von Präventionskonzepten

- Es gilt insbesondere, die Voraussetzungen und Unterstützungsmöglichkeiten für eine gelingende Implementierung von Präventionskonzepten bzw. -programmen in den Handlungsbereichen der pädagogischen Institutionen sowie des sozialen Hilfesystems bekannt zu machen. Ein ergänzendes personelles Beratungs- und Serviceangebot ist ebenso wünschenswert wie die Schaffung von entsprechenden Fortbildungsangeboten für professionelle Akteure etwa in Kitas und Schulen bzw. auch für deren Steuerungsebenen.

Unterstützung und Überprüfung von Implementierungsprozessen

- Die Überprüfung von Implementierungsprozessen und die dauerhafte Sicherung der Implementierungsqualität sollte durch entsprechende Standards und Rahmenbedingungen ermöglicht werden.

Das Projektteam der Geschäftsstelle hat die Empfehlungen des Sachverständigenrates aufgegriffen und bereits weitere Teilprojekte begonnen: Mit der finanziellen Unterstützung aus dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sind in Abstimmung mit dem Landespräventionsrat

Niedersachsen das Design und die technische Umsetzung eines ergänzenden Webportals „Wegweiser Prävention“ erarbeitet worden, das im Sommer 2014 über die Webseiten der Kooperationspartner verfügbar sein wird.



Wegweiser Prävention

Des Weiteren hat der Sachverständigenrat zwei Arbeitsgruppen gebildet. Eine erarbeitet eine Systematik, Sammlung und Bewertung deutschsprachiger Evaluationsstudien zu Präventionsprogrammen und bereitet sie für den vorgenannten Wegweiser Prävention auf. Aufgabe der zweiten Arbeitsgruppe ist die Schaffung von Transparenz zu Theorie und Praxis der Implementierung präventiver Angebote. Die Ergebnisse werden im Jahresbericht 2014 eingehend dargestellt werden.

Arbeitsgruppen

- Evaluation
- Implementierung

3.2 Vernetzung und Bündelung kriminalpräventiver Aktivitäten

*Aufwuchs der
Geschäftsstelle*

Wie im Einleitungskapitel dargestellt, konnte die Geschäftsstelle der Stiftung aufgrund eines Beschlusses des Arbeitskreises II „Innere Sicherheit“ der IMK im Laufe des Berichtsjahres durch aus den Ländern entsandte Mitarbeiter sukzessive verstärkt werden (Einzelheiten zu den Personalien finden sich in Kapitel 5.2 dieses Berichtes). Diese unterstützen das DFK bei der Wahrnehmung seiner satzungsgemäßen Aufgaben und sollen es verstärkt in die Lage versetzen, als Ansprechstelle zur Vernetzung und Bündelung gesamtgesellschaftlicher und polizeilicher Kriminalprävention zu fungieren sowie zur Optimierung der Kooperationen auf Bundes- und Länderebene mit anderen staatlichen und nichtstaatlichen Präventionsakteuren beizutragen. Durch Aufbau einer entsprechenden Servicestelle soll das DFK thematisch und institutionell ausgerichtet gleichsam eine Maklerfunktion wahrnehmen, um interessierte Akteure übergreifender Präventionsplanungen zu vernetzen. Im Berichtsjahr wurden hierfür die organisatorischen und gremienbezogenen Vorarbeiten durchgeführt, Ausführungen zum Wirkbetrieb sind dem Jahresbericht 2014 vorbehalten.

*Verstärkte Vernetzung
und Bündelung*

Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr verschiedene ressortübergreifende, gesamtgesellschaftliche Präventionsinitiativen angestoßen, deren Grundzüge im Folgenden skizziert werden und die es fortan weiterzuentwickeln gilt.

3.2.1 Handlungskonzept zur Prävention von Wohnungseinbruch unter Berücksichtigung wohnwirtschaftlicher Förderansätze

*Prävention von
Wohnungseinbruch*

Die Bekämpfung des ausweislich der Polizeilichen Kriminalstatistik in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegenen Wohnungseinbruchsdiebstahls stellt ein zentrales Anliegen der Inneren Sicherheit dar. Ein wichtiger Ansatz ist hierbei der stärkere Einbau von Sicherheitstechnik. So können in vielen Fällen die Tatvollendung verhindert und Opferschäden reduziert werden.

Handlungskonzept

An diesem Punkt setzt das gemeinsame Handlungskonzept des DFK und der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchs an. Dieses enthält mehrere Vorschläge, namentlich eine finanzielle Förderung von Sicherheitstechnik durch wohnwirtschaftliche Programme, die Berücksichtigung des Einbruchschutzes im Rahmen der KfW-Förderprogramme „Altersgerecht Umbauen“ und „Energieeffizient Bauen und Sanieren“ sowie auch die denkbare steuerliche Berücksichtigung entsprechender Einbauten. Darüber hinaus steht das DFK mit Vertretern der Versicherungswirtschaft in Kontakt, um die Möglichkeiten einer risikoadjustierten variablen Gestaltung von Versicherungsprämien auszuloten. Auch lohnt sich ein Blick zu unserem Nachbarn Niederlande, wo vor Jahren der Einbau von Sicherheitstechnik bei Neubaumaßnahmen gesetzlich geregelt und dadurch die Einbruchzahlen deutlich reduziert wurden. Auch in Deutschland erscheint die Aufnahme vergleichbarer Regelungen in die der Zuständigkeit der Länder unterfallenden Bauordnungen denkbar.

Befassung der IMK

Die ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) begrüßte im Dezember 2013 das Handlungskonzept und bezeichnete es als geeignete Grundlage, um Anreize und Empfehlungen zum Einbau von

Sicherungstechnik und zur Erhöhung des Einbruchschutzes zu schaffen. Zugleich bat sie die tangierten Ministerien und Fachministerkonferenzen um Prüfung weiterer Umsetzungsschritte und das DFK um Weiterentwicklung und umsetzungsbezogene Unterstützung der vorgeschlagenen Handlungsansätze.

Weitere Schritte

3.2.2 Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Im Handlungsfeld der Verhütung von Straftaten zum Nachteil älterer Menschen wurden im Berichtsjahr die Grundlagen für ein Bündel künftiger Präventionsmaßnahmen gelegt.

Schutz von Seniorinnen und Senioren

Diese betreffen zum einen die Verhinderung des Missbrauchs von Vollmachten. Für ältere Menschen besteht oftmals das Bedürfnis, Fragen der Personensorge und der Vermögenssorge mittels Vollmachten zu regeln. Aufgrund altersbedingter Einschränkungen sind ältere Menschen jedoch besonders anfällig für deren Missbrauch. Im Rahmen eines Kooperationsprojektes mit der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol), dem Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem DFK erfolgt die Erarbeitung und Herausgabe einer Broschüre für die skizzierte Zielgruppe. Anhand von Beispielfällen soll anschaulich über die möglichen Fallstricke und Risiken informiert werden. Für die Veröffentlichung der Broschüre ist das erste Halbjahr 2014 avisiert.

Missbrauch von Vollmachten

Ein weiteres signifikantes Betrugsrisiko für ältere Menschen besteht durch falsche Gewinnversprechen am Telefon. Oft versuchen Täter aus Callcentern im Ausland das Vertrauen älterer Menschen zu erschleichen und sie unter Vorspiegelung angeblicher Gewinne zu Vorauszahlungen zu verleiten. Wurden diese geleistet, wird nicht selten unter dem Vorwand einer begangenen Straftat zur Zahlung eines Bußgeldes aufgefordert. Innerhalb kurzer Zeit sind auf diesem Gebiet polizeilich registrierte Schäden in Millionenhöhe entstanden. Hier steht das DFK in Gesprächen mit dem Bundeskriminalamt und beteiligt sich an der Erarbeitung und Umsetzung einer Sensibilisierungskampagne. Gemeinsam mit weiteren staatlichen und außerstaatlichen Kooperationspartnern soll über diese Erscheinungsform und Betrugsmasche die Zielgruppe sowie die breite Öffentlichkeit sensibilisiert, über Vorbeugungstipps informiert und zur Anzeigenerstattung aufgefordert werden.

Falsche Gewinnversprechen

Schließlich sind auch weitere Maßnahmen – namentlich zur Prävention des sogenannten „Enkeltricks“ – in Planung, über die der Jahresbericht 2014 ausführlich unterrichten wird.

Weitere Handlungsfelder

3.2.3 Wirtschaftsschutz und Cyberangriffe

Auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen DIHK, BDI und BMI aus August des Berichtsjahres wird sich das DFK an der von diesen ins Auge gefassten Information und Sensibilisierung von klein- und mittelständischen Unternehmen über Gefahren und Möglichkeiten des Schutzes gegen Wirtschaftsspionage und Cyberangriffe beteiligen. Hier wird auch die Möglichkeit zu prüfen sein, über die Professur für Kriminalprävention und Risikomanagement der Universität Tübingen eine Studie zur Erhebung der praktizierten Beratungsleistung gegenüber den Unternehmen und des Bedarfs dieser Zielgruppe zur Verhinderung von Wirtschaftsspionage zu erstellen.

Wirtschaftsschutz

3.2.4 Gewalt in Partnerschaften

Gewalt in Partnerschaften beginnt leider nicht erst bei Erwachsenen, sondern findet oftmals bereits im Teenageralter statt. Vor diesem Hintergrund beabsichtigt das DFK, gemeinsam mit der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes das Thema Gewalt in Partnerschaften medienpädagogisch aufzugreifen, um möglichst in einer frühen Phase junge Menschen zu stärken, Konflikte in Partnerschaften gewaltfrei zu lösen. Hierzu fanden im Berichtsjahr erste positive Kontakte und Sondierungsgespräche mit potentiellen Kooperationspartnern sowie Vertretern des allgemein- sowie berufsbildenden Schulbereichs und des Sekretariats der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) statt. Auf dieser Grundlage erfolgen weitere konzeptionelle Schritte unter Beteiligung der tangierten Gremien und Einrichtungen, über die der Jahresbericht 2014 Auskunft geben wird.

3.3 Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)

Im Rahmen seiner Funktion als nationale Kontaktstelle hat das DFK an den Veranstaltungen des „Europäischen Netzwerkes für Kriminalprävention (EUCPN)“ teilgenommen, die Tagungsergebnisse in Deutschland multipliziert sowie den Informationsaustausch mit den europäischen Partnern fortgesetzt.



Institutionell setzt sich das EUCPN aus einem Direktorium mit rotierendem Vorsitz, einem Exekutivausschuss, nationalen Vertretern aus allen Mitgliedsstaaten, einem ständigen Sekretariat sowie von den einzelnen Mitgliedsstaaten ernannten Kontaktstellen zusammen. Das EUCPN-Sekretariat wird von Belgien im Rahmen des Projektes „Towards a European Centre of Expertise on Crime Prevention“ (Hin zu einem europäischen Fachzentrum für Kriminalprävention), das von dem Programm „Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung“ der Europäischen Kommission (Generaldirektion Inneres) finanziell unterstützt wird, gestellt.

Während der alljährlichen Best-Practice-Konferenz des EUCPN verlieh im Dezember 2013 ein hochrangiger Repräsentant des litauischen Innenministeriums beim abendlichen Empfang in Vilnius den „European Crime Prevention Award (ECPA)“ an

- das Stockholmer Projekt „Relationship Violence Center (RVC)“.
Der Preis ist mit 10.000 EUR dotiert. Zum Projekt: Opfer von Häuslicher Gewalt bzw. Gewalt in engen persönlichen Beziehungen in einem Stockholmer Polizeibezirk erhalten das Angebot, von der durch das Projekt dauerhaft eingerichteten Beratungsstelle und ihren zwei angestellten Sozialarbeiterinnen unterstützt zu werden, insbesondere um die weitere Viktimisierung zu beenden, Hilfsangebote aufzuzeigen sowie die Kooperation mit Polizei und Justiz anzuregen und zu begleiten.

Weitere Preise und jeweils 5.000 EUR erhielten

- das kroatische Projekt „Living life without violence – Best early Prevention“, ein entwicklungsorientierter Ansatz zur Förderung von Friedfertigkeit, Toleranz und Konfliktkompetenz bei 13- bis 14-Jährigen,

- das belgische Projekt „CO3“, eine dauerhafte Kooperation zwischen Polizei, Justiz, Hilfseinrichtungen und Kommunalverwaltung für ein gut koordiniertes Fallmanagement.

Deutschland war mit dem Projekt „Beratung für Männer gegen Gewalt“ der Berliner Volkssolidarität in den Wettbewerb gegangen. Es bietet unter anderem Einzelberatungen und Trainingskurse für bislang gegen Frauen gewalttätige Männer an und ist Teil der Berliner Interventionsstruktur gegen Häusliche Gewalt (BIG).

Deutscher Beitrag

Weiterhin konnte das DFK mit seiner Expertise an der Erstellung von Arbeitsmaterialien zur Evaluation von kommunalen Projekten („Toolbox Evaluation“) unter anderem im Rahmen eines Workshops in Dublin mitwirken sowie bei einer Konferenz der Universität Krakau zur Fortentwicklung der kommunalen Kriminalprävention in Polen die deutschen Erfahrungen im Rahmen eines Vortrages sowie bei Beratungsgesprächen einbringen.

Expertise des DFK

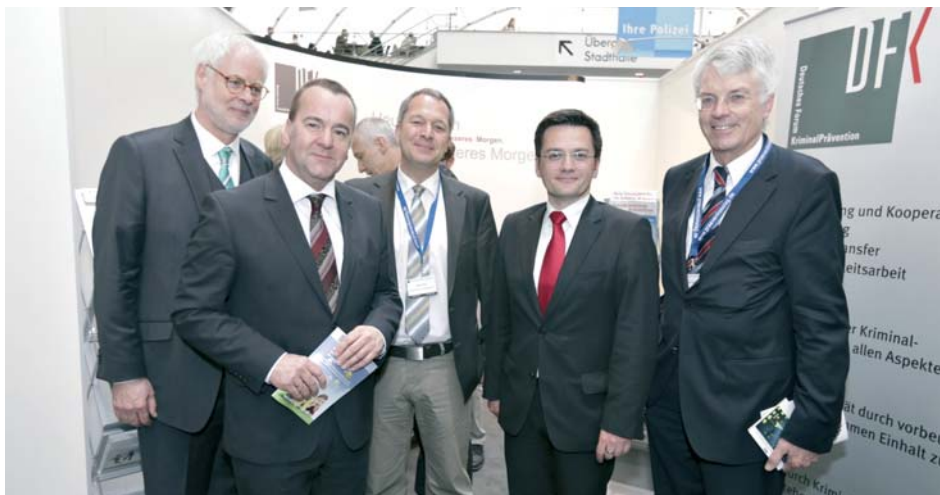
3.4 Kooperationspartnerschaft „Deutscher Präventionstag“ (DPT)

Der 18. Deutsche Präventionstag 2013 in Bielefeld stand unter dem Motto „Mehr Prävention – weniger Opfer“. Das DFK hat sich – wie in den Jahren zuvor – als ständiger Veranstaltungspartner sowie im Programmbeirat beteiligt und war mit einem Messestand vor Ort vertreten.

*18. DPT in Bielefeld:
„Mehr Prävention –
weniger Opfer“*

Etwa 3.000 Teilnehmer/innen aus dem In- und Ausland waren am 22. und 23. April in die Bielefelder Stadthalle gekommen. Nicht nur der Umfang der Teilnahme, auch die Vielzahl an Vorträgen und anderen Präsentationsformaten macht deutlich, dass sich der DPT in Deutschland seit 1995 zur zentralen Austausch- und Impulsveranstaltung für alle diejenigen, die in Handlungsfeldern der Prävention tätig sind, etabliert und hochprofessionell entwickelt hat.

*DFK als ständiger
Kooperationspartner*



*Besucher am
Stand des DFK*

Besuch am Stand des DFK (v.l.n.r.): Erich Marks (Geschäftsführer Dt. Präventionstag), Boris Pistorius (Innenminister Niedersachsen und IMK-Vorsitzender 2013), Stefan Daniel (Geschäftsführer DFK), Thomas Kutschaty (Justizminister NRW), Jochen Dieckmann (Vorsitzender des Landepräventionsrates NRW) Foto: Weigel/DFK

Der Veranstalter und seine Kongresspartner (DBH Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik, Land Nordrhein-Westfalen, Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes/ProPK, Stadt Bielefeld, Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention/DFK, WEISSER RING e.V.)

Kongresspartner

Zwischenbilanz
Opferzuwendung

zogen eine Zwischenbilanz zu Stand, Problemen und Perspektiven der Opferzuwendung: Was hat sich für die Opfer in der Gesellschaft getan? Welches sind die aktuell vorrangigen Perspektiven für die positive Weiterentwicklung? Was wissen wir nunmehr schon sicher über Opferwerden, Opferbedürfnisse und Opferwünsche sowie wirksame Antworten darauf? Wie lässt sich der Gedanke, dass Prävention auf Dauer der beste Opferschutz ist, überzeugend in Praxis, Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit vermitteln?

Bielefelder Erklärung

An diese Fragen anknüpfend wurden in der gemeinsamen „Bielefelder Erklärung“ einige politische und fachliche Forderungen formuliert:

„Der Deutsche Präventionstag fordert nachdrücklich,

Erfassung von Opfern
in der Kriminalstatistik

- die täterorientierten Kriminalstatistiken mit der Erfassung von Opfern und Opfermerkmalen über den schon erreichten Stand hinaus zu erweitern,

Dunkelfeldforschung und
Opferbefragungen

- das Dunkelfeld der Viktimisierung durch regelmäßige, repräsentative, auch bundesweit durchgeführte Opferbefragungen zu erhellen und zudem durch qualitativ orientierte Untersuchungen Einsichten zu den Folgen von Viktimisierungen sowie zu Opferbedürfnissen und Opferwünschen zu gewinnen,

Evaluation der
Opferschutzgesetze

- die Opferschutzgesetze zu evaluieren, insbesondere hinsichtlich des Ausmaßes, mit dem Maßnahmen – beispielsweise Videovernehmungen – in der Praxis umgesetzt werden sowie hinsichtlich des Ausmaßes und der Ziele, mit denen Opfer von ihren Beteiligungsrechten Gebrauch machen,

Bedürfnisse der Opfer
im Strafverfahren

- quantitative wie qualitative kriminologisch-viktimologische Untersuchungen dazu durchzuführen, welche Wünsche und Bedürfnisse Opfer mit Blick auf das Strafverfahren haben und welchen Belastungen sie durch das Strafverfahren ausgesetzt sind.“

Fachbeitrag des DFK

Zum vielbeachteten Fachvortrag von DFK und Mitgliedern des Sachverständigenrates sei auf die Ausführungen in Kapitel 3.1 verwiesen.

3.5. Mitarbeit im Städtenetzwerk Kriminalprävention

Das Städtenetzwerk, in dem das DFK langjähriger Kooperationspartner ist, traf sich unter der Geschäftsführung des Städtepartners Wiesbaden im Berichtsjahr zweimal zum Informationsaustausch.



Fachlicher
Informationsaustausch

Schwerpunkt des ersten Treffens am Rande des 18. Deutschen Präventionstages in Bielefeld war ein allgemeiner Erfahrungsaustausch sowie ein Bericht des Städtepartners Frankfurt über eine eigene Studie zu den Auswirkungen demographischer Veränderungen und der Konfliktdynamik zwischen Jung und Alt.

Themenschwerpunkte

Im jährlichen Arbeitstreffen der Netzwerkmitglieder, das in diesem Jahr in Wiesbaden stattfand, standen Problemlösungsstrategien der Kommunen zum Alkoholmissbrauch von Jugendlichen und zur Armutszuwanderung in der EU im Vordergrund.

Über die Treffen hinaus tauschen sich die Städtepartner anlassbezogen und formlos über aktuelle Problemlagen und Lösungswege aus und geben damit ein Beispiel für gelungene und effektive Netzwerkarbeit in der Prävention.

3.6 Beratung und Unterstützung des Vereins „Kinderfreundliche Kommunen“ durch Berufung des DFK in die Sachverständigenkommission

Im Jahre 1992 hat Deutschland die UN-Konvention über die Rechte des Kindes ratifiziert. Mit dem Vorhaben „Kinderfreundliche Kommunen“ haben sich das Deutsche Komitee für UNICEF und das Deutsche Kinderhilfswerk in praktischer Umsetzung der in der Konvention verbrieften Rechte auf Schutz, Förderung und Beteiligung das Ziel gesetzt, Kommunen zu begleiten, die die benannten Rechte der Kinder lokal umsetzen wollen. Der im März 2012 gegründete Verein „Kinderfreundliche Kommunen“ berät diese dabei, gibt ihnen Unterstützung und zeichnet sie mit einem Qualitätssiegel aus.



Verein Kinderfreundliche Kommunen

Die Sachverständigenkommission des Vereins, darunter das DFK, fungiert als dessen Beirat, berät den Vorstand, erarbeitet das Votum zur Siegelvergabe, nimmt Kontakt zu den Kommunen auf und berät sich mit Kindern und Jugendlichen. Zu den ersten sieben Modellkommunen, die in das Vorhaben aufgenommen worden sind, zählen Weil am Rhein, Senftenberg, Regensburg, Wolfsburg, Hanau, Halle an der Saale und Köln.

Sachverständigenkommission

Die praktische Umsetzung der in der UN-Konvention verbrieften Kinderrechte erfordert den Blick auf den sozialen Nahraum der Kinder und muss sich am Wohnort der Kinder beweisen. Deshalb sind die beteiligten Kommunen zunächst aufgefordert, anhand eines Verwaltungsfragebogens eine Standortbestimmung vorzunehmen. Im nächsten Schritt erfolgt im Sinne einer Bedarfsermittlung ein breiter Beteiligungsprozess von Kindern und Jugendlichen zu ihren Wünschen, Anregungen und Verbesserungsvorschlägen. Aus den Ergebnissen und den Beratungsgesprächen mit dem Verein „Kinderfreundliche Kommunen e.V.“ entwickelt die teilnehmende Kommune im Zusammenspiel von Politik, Verwaltung, Unternehmen und privaten Organisationen einen Aktionsplan, der Leitbild und Maßnahmenkatalog zugleich ist. Mit Beschlussfassung des Gemeinde- oder Stadtrates bindet er Politik und Verwaltung im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention.

Standortbestimmung

Partizipation

Erarbeitung von Maßnahmenkatalogen

Mit Vorliegen des Aktionsplans stellt die Kommune ihren Antrag auf Zuerkennung des Qualitätssiegels „Kinderfreundliche Kommune“, über den der Verein auf Vorschlag seiner Sachverständigenkommission entscheidet. Die Umsetzung des Aktionsplans wird in der Folgezeit vom Verein evaluiert. Die Auszeichnung „Kinderfreundliche Kommune“ – zunächst für die Dauer von vier Jahren zuerkannt – kann danach durch einen fortentwickelten Aktionsplan erneuert werden.

Qualitätssiegel

Die ersten Aktionspläne werden Ende März 2014 zur Begutachtung vorliegen. Wegen der positiven Resonanz des Vorhabens über die Modellkommunen hinaus, beschloss der Vorstand des Vereins, im Jahre 2014 fünf neue Kommunen in den Entwicklungsprozess aufzunehmen.

3.7 Wissensmanagement und Öffentlichkeitsarbeit: Website, Newsletter, Fachpublikationen, Zeitschrift

Funktionen der Website

Die Website ist unverzichtbares Mittel des Wissenstransfers sowie der Öffentlichkeitsarbeit und vernetzt unter anderem bereits vorhandene Präventionsstrukturen auf kommunaler und regionaler Ebene in Deutschland.

Prävention im Überblick

Der Bereich „Prävention im Überblick“ bündelt die Informationsangebote vieler Präventionsakteure (Landespräventionsgremien, Bundesressorts sowie wissenschaftliche und andere Einrichtungen) mit einer die relevanten gesellschaftlichen und politischen Handlungsfelder einbeziehenden Perspektive und gibt einen Blick über und in die deutsche Präventionslandschaft.

Startseite



Newsletter, Präventionskalender

Die Website bietet auch zahlreiche Verweisungen (Links) auf internationale Präventionsinitiativen sowie die Möglichkeit, kostenlos den periodischen DFK-Newsletter zu abonnieren. Insgesamt fünf Ausgaben haben von der Arbeit der Geschäftsstelle berichtet und weitere Nachrichten multipliziert. Der Präventionskalender weist auf anstehende Tagungen und Konferenzen hin. Die DFK-Fachpublikationen sind als Broschüren und auch online verfügbar.

Publikationen



Die vom DFK herausgegebene Zeitschrift „forum kriminalprävention“ hat das zentrale Anliegen, Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu vermitteln sowie den Wissenstransfer und die Vernetzung der vielfältigen Präventionsinstanzen zu fördern.

Zeitschrift „forum kriminalprävention“

Als Sprachrohr von Praxis und Wissenschaft zugleich werden viele Handlungsfelder der Prävention präsentiert und diskutiert. Der fachliche Diskurs wird angestoßen und geführt. Impulse zu mehr politischer Verantwortungsübernahme bei der Schaffung von Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für präventive Arbeit sind häufig innewohnende und zuweilen ausdrückliche Anliegen der Beiträge und Kommentierungen.

Das Interesse der Präventionsgremien in Bund, Ländern, Städten und Gemeinden, innerhalb der Polizei und Justiz, von Kinder- und Jugendinstitutionen sowie bei Erzieherinnen und Erziehern ist ausweislich der Rückmeldungen zu den Themenschwerpunkten der einzelnen Ausgaben ungebrochen.

Zielrichtungen und Zielgruppen der Zeitschrift

Die Zeitschrift des DFK erscheint vierteljährlich beim „Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH“ (VdP). Die Redaktion hat seit 2010 Herr Wolfgang Kahl inne.

Verlag Deutsche Polizeiliteratur



Titel der Ausgaben 2013



Seit 2011 gibt es als wichtigste Neuerung die jeweils aktuelle Online-Ausgabe zum Blättern.

Online-Ausgabe

Das neue Archiv (ab 2010) hält wichtige Artikel im PDF-Format vor und zu allen Beiträgen gibt es Angaben zum Inhalt. Im alten Archiv können Titel und Kurzbeschreibungen der Artikel aller Ausgaben 2001–2010 recherchiert werden.

Online-Archiv

4. Finanzielle Förderung der Evaluation externer Projekte

In ihrem Bemühen um Qualitätsverbesserung in der Prävention hat die Stiftung auch in diesem Berichtsjahr die finanzielle Förderung von Evaluationen einzelner kriminalpräventiver Projekte fortgesetzt. Ziel der Förderung ist es, die Verbreitung evidenzbasierter Präventionsmaßnahmen zu erhöhen und ihre Qualität zu steigern.

Fortsetzung der in 2009 begonnenen Förderung

Seit 2009 unterstützt das DFK daher finanziell einzelne präventive Projekte mit Modellcharakter darin, ihre Maßnahmen mit wissenschaftlichen Standards evaluieren zu lassen.

Rückblick auf frühere Förderungen

So waren im Vorjahr erfolgreich die geförderten Untersuchungen von Prof. Dr. Ulrich Wagner zu Langzeiteffekten des Projektes „PiT Hessen“ und von Prof. Dr. Helmut Lukas zur Legalbewährung von Teilnehmern des Projektes „Abschied von Hass und Gewalt“ des Violence Prevention Networks e.V. abgeschlossen worden.

Überblick über aktuelle Förderungen

Fortgeführt im Berichtsjahr wurde die Finanzierung der Evaluationen von „FAMOS – Familien optimal stärken“ und „Gewaltprävention in Kitas und Schulen im Landkreis Ostprignitz / Ruppin“ aus dem Jahr 2009. Neu in die Förderung aufgenommen wurden die Evaluationen des Projektes „buddy-Modellprojekt im Übergang Kita- Grundschule“ und „PARTS – Programm zur Förderung von Akzeptanz, Respekt, Toleranz und Sozialer Kompetenz“.

Im Einzelnen:

„FAMOS – Familien optimal stärken“



„FAMOS – Familien optimal stärken“ heißt das vom Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW e.V. initiierte und mitverantwortete Projekt in der „Modellregion für Erziehung in Paderborn“ (www.modellregion-erziehung.de), das in besonderem Maße auf eine Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern abzielt. Im Modellprojekt FAMOS soll durch die Allianz verschiedener am Erziehungsprozess beteiligter Institutionen eine Verringerung von Gewalt in Familien und von Gewaltbereitschaft unter Kindern und Jugendlichen erreicht werden. Durch niedrigschwellige und kurzfristige Angebote soll es ermöglicht werden, alle Eltern, auch die sozial schlechter gestellten Gruppen, anzusprechen.

Hierbei kommen drei relevante Präventionsprogramme zum Einsatz:

- EFFEKT® Entwicklungsförderung in Familien: Eltern- und Kinder-Training (Arbeitsgruppe Prof. Dr. Lösel, Institut für Psychologie, Universität Nürnberg-Erlangen),
- PEP-Präventionsprogramm für expansives Problemverhalten (Arbeitsgruppe Prof. Dr. M. Döpfner, Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters, Köln) und
- TRIPLE P – Positives Erziehungsprogramm (Arbeitsgruppe Prof. Dr. K. Hahlweg, Institut für Psychologie, Technische Universität Braunschweig).

Mit der finanziellen Hilfe des DFK und des Bundesministeriums der Justiz erfolgt die Evaluation des Projektes „FAMOS“ durch Frau Professor Dr. Nina Heinrichs, Technische Universität Braunschweig. Ziel der Evaluation ist es, den Prozess der Implementierung in Paderborn und die Wirksamkeit der Programme auf verschiedenen Ebenen zu untersuchen. Seit 2010 werden Daten erhoben, die über die Verbreitung des Programms und seine kurz-, mittel- und langfristige Effekte Auskunft geben sollen. Die Untersuchungs-

ergebnisse werden in jährlichen Zwischenberichten dargestellt und analysiert. Erkenntnisse aus der Analyse, die die Hemmnisse und Probleme der Implementation betreffen, werden unmittelbar der Steuerungsgruppe des Projektes mitgeteilt, so dass der Wissenstransfer in die Praxis gewährleistet und ein unmittelbarer Nutzen gezogen werden kann. Ein ausführlicher Endbericht der Evaluation wird 2014 vorgelegt werden.

Bei dem Projekt „Gewaltprävention in Kitas und Schulen im Landkreis Ostprignitz/Ruppin“ handelt es sich um die Einführung eines Mehrebenenprogramms gegen Mobbing, Bullying, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit an Kindergärten und Schulen im Landkreis Ostprignitz-Ruppin (OPR).

Ein interdisziplinäres Prozessteam aus den Bereichen Kita, Schule, Schulpsychologie, Kommunalverwaltung und Polizei hat die Implementierung der pädagogischen Konzepte für Kindergarten (EFFEKT®) und Schule (OLWEUS) als Prozess geplant, beschrieben und landkreisweit durchgeführt. Ein besonderer Akzent wurde dabei auf die Gestaltung des Übergangs vom Kindergarten zur Grundschule gesetzt.

Der Abschlussbericht der vom DFK finanzierten Prozessevaluation, die von 2009 bis 2013 durchgeführt wurde, liegt nun vor. Er beschreibt die eindrucksvollen Erfolge, aber auch Problembereiche, die sich bei der Implementation des Programmes gezeigt haben und endet mit konkreten Handlungsempfehlungen für die Zukunft. Der Evaluationsbericht ist ein gutes Beispiel, wie durch eine wissenschaftliche Analyse ein Qualitätsverbesserungsprozess in der Praxis erreicht werden kann. Einzelheiten zu dem Bericht können in der Ausgabe 4/2013 der vom DFK herausgegebenen Zeitschrift forum kriminalprävention nachgelesen werden.

Das Programm „Buddy“ ist ein universelles Präventionsprogramm zur Stärkung sozialer, emotionaler und kognitiver Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen. Das „buddy- Modellprojekt im Übergang Kita/ Grundschule“, dessen Evaluation das DFK finanziell fördert, hat seinen Schwerpunkt auf der Prävention von Übergangsbedingten Anpassungsschwierigkeiten durch eine Verbesserung der Umgangs- und Lernkultur. Die Evaluation des Projektes, das im Januar 2013 begonnen hat, wird durch Frau Prof. Dr. Petra Büker (Universität Paderborn) durchgeführt. Die begleitende Studie wird im Sommer 2015 abgeschlossen werden.

Das von einer Forschergruppe der Deutschen Forschungsgemeinschaft entwickelte multimodale Präventionsprogramm PARTS (Programm zur Förderung von Akzeptanz, Respekt, Toleranz und Sozialer Kompetenz) ist ein entwicklungsorientiertes Trainingsprogramm zur Prävention von Vorurteilen und Diskriminierungen in der Primarstufe. Nachdem in früheren Evaluationen bereits kurz- und mittelfristige Effekte nachgewiesen wurden, fördert das DFK nunmehr eine Studie zu langfristigen Effekten durch Prof. Dr. Andreas Beelmann, Universität Jena. Er wird untersuchen, ob auch sechs Jahre nach Durchführung der Präventionsmaßnahme in Hinblick auf die Vermeidung negativer Intergruppeneinstellungen (Vorurteile, Diskriminierungstendenzen) noch Effekte des Programmes messbar sind. Die Untersuchung soll 2014 abgeschlossen werden und einen Beitrag zur Forschung über Nachhaltigkeit in der Präventionsarbeit leisten.

„Gewaltprävention in Kitas und Schulen im Landkreis Ostprignitz/Ruppin“



Buddy-Modellprojekt im Übergang Kita/ Grundschule



PARTS



5. Organisation, Personal und Finanzlage der Stiftung

5.1 Organisation

Sitz der Geschäftsstelle in Bonn

Die Geschäftsstelle des DFK ist nach wie vor an ihrem Stiftungssitz in Bonn beheimatet, konkret in Bonn-Castell im Gebäude der Dienststelle Bonn des Bundesministeriums des Innern, Graurheindorfer Straße 198.

5.2 Personal

Personalsituation der Geschäftsstelle

Bereits in den Kapiteln 1 und 3.2 ist auf den erfreulichen schrittweisen Aufwuchs der Geschäftsstelle hingewiesen worden.

Die Leitung der Geschäftsstelle oblag auch im Jahre 2013 dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied, Herrn Oberstaatsanwalt Stefan Daniel, der Geschäftsstelle seit dem Jahre 2009 vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zugewiesen. Ebenfalls von dort zugewiesen ist seit Juli 2010 Frau Staatsanwältin Christine Liermann. Dienstältestes Geschäftsstellenmitglied ist Herr Kriminaloberrat Wolfgang Kahl vom Bundeskriminalamt, der seit 2003 im DFK tätig ist. Anfang 2011 trat Frau Kriminaldirektorin Astrid Fuhrmann vom Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen zur Geschäftsstelle hinzu.

Die beschriebene Unterstützung durch den Arbeitskreis II „Innere Sicherheit“ der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) erhielt von Februar bis August 2013 in Person von Frau Kriminaloberkommissarin Yvonne Heß vom Polizeipräsidium Unterfranken ein erstes Gesicht. Im April folgte Herr Leitender Kriminaldirektor Reinhold Hepp vom Polizeipräsidium Stuttgart. Den - vorläufigen - Abschluss bildete im September Herr Kriminalhauptkommissar Detlev Schürmann, M.A., vom Polizeipräsidium Bonn. Die elternzeitbedingte Nachbesetzung von Frau Heß sowie die noch ausstehende Unterstützung durch ein weiteres Bundesland werden voraussichtlich im Laufe des Jahres 2014 umgesetzt werden.

Seit September 2013 schließlich ist Frau Elke Rink aus dem Bundesministerium des Innern in der Geschäftsstelle tätig; sie folgt Frau Heike Zender, die das DFK seit November 2010 bei seinen administrativen Tätigkeiten unterstützt hatte.

5.3 Finanzlage

Stiftungskapital konstant

Der eingezahlte Stiftungsstock betrug zum 31. Dezember 2012 unverändert EUR 2.822.800,12; Zustiftungen waren nicht zu verzeichnen.

Vermögensverwaltung

Anlage und Verwaltung des Vermögens erfolgten durch das Bankhaus Merck Finck & Co. Der von diesem im Berichtsjahr generierte Wertzuwachs betrug netto rund EUR 40.000.

Sonstige Einnahmen

Zusätzliche allgemeine Einnahmen waren im Berichtsjahr 2013 im Wesentlichen ein vom Verlag der Polizei für die Redaktion der Zeitschrift „forum kriminalprävention“ gezahltes Honorar in Höhe von EUR 2.500, eine in einem Verfahren der Staatsanwaltschaft Köln verhängte Geldauflage in Höhe von

EUR 5.000 und ein vom Deutschen Spendenparlament zugewiesener Betrag in Höhe von EUR 2.000.

Daneben ist auf Zuwendungsmittel des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) und des Bundesministeriums des Innern (BMI) hinzuweisen. Das BMJV stellte dem DFK allgemeine Projektfördermittel in Höhe von EUR 60.000 zur Verfügung, die Zuwendung des BMI in Höhe von EUR 145.000 betrifft die in Kapitel 1 dieses Berichtes beschriebene Ausreichung von Fördermitteln an die Universität Tübingen.

*Zuwendungen
BMJV und BMI*

Das DFK hat im Berichtsjahr 2013 für die oben im Einzelnen beschriebene Stiftungsarbeit EUR 94.265,64 aufgewendet. Mit rund EUR 33.500 entfiel der Hauptteil auf das unter Ziffer 3.1 dieses Berichtes dargelegte Projekt „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention“. Einen weiteren großen Anteil nahm mit rund EUR 26.000 die unter Ziffer 4 im Einzelnen beschriebene Förderung von Projektevaluationen ein, die Förderung des 18. Deutschen Präventionstages schlug mit rund EUR 15.000 zu Buche. Für allgemeine Geschäftsausgaben der Stiftung einschließlich Buchhaltung, Jahresabschluss und Broschüren wurden rd. EUR 18.000 aufgewendet, für den Internetauftritt rund EUR 2.000.

Ausgaben 2013

Tabellarisch lässt sich das Budget im Überblick wie folgt zusammenfassen:

Budgetplanung 2013 (gerundet)		Ausgaben 2013 (gerundet)	
Übertrag 2012	16.500 EUR	Projektförderung	26.000 EUR
Entnahme aus den Stiftungserträgen	40.000 EUR	Projekt „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention“	33.500 EUR
Honorareinnahme für Redaktion „forum kriminalprävention“	2.500 EUR	Geschäftsausgaben (incl. Buchführung u. Jahresabschluss), Infrastruktur, Broschüren	18.000 EUR
Spende und sonstige Einnahmen	7.500 EUR	Internet sowie Portal „Prävention im Überblick“	2.000 EUR
BMJ-Zuwendung	60.000 EUR	Förderung 18. DPT	15.000 EUR
		Summe Ausgaben	94.500 EUR
		Übertrag nach 2014*	32.000 EUR
Summe	126.500 EUR	Summe	126.500 EUR

Budget-Übersicht 2013

(* Anmerkung: Im Übertrag sind überjährige, im Januar 2014 verausgabte Positionen für die Projekte „Förderung des 19. Deutschen Präventionstages“ [EUR 15.000] und Projektförderung „Famos“ [EUR 10.000] enthalten.)

Die Zuwendungsmittel des BMI für die Einrichtung und den Betrieb der Professur für Kriminalprävention und Risikomanagement sind aus Gründen der Übersichtlichkeit folgender gesonderter Tabelle zu entnehmen:

Förderbudget Professur
Kriminalprävention 2013

Budgetplanung 2013 (gerundet)		Ausgaben 2013 (gerundet)	
Übertrag BMI-Zuwendung aus 2012	5.000 EUR	Weiterleitung an Universität Tübingen	5.000 EUR
BMI-Zuwendung 2013	145.000 EUR	Übertrag nach 2014*	145.000 EUR
Summe	150.000 EUR	Summe	150.000 EUR

(* Anmerkung: Die überjährigen, nach 2014 übertragenen Mittel wurden im Februar 2014 an die Universität Tübingen weitergeleitet.)

5.4 Jahresabschluss 2012

Erstellung des
Jahresabschlusses 2012
durch Solidaris

Die Solidaris Revisions-GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft erstellt den Jahresabschluss der Stiftung zum 31. Dezember 2012 auf der Grundlage der dort geführten Bücher unter Beachtung von Gesetz, des IDW-Standards S 7 und der Satzung. Die Arbeiten waren zum Redaktionsschluss dieses Berichtes noch nicht abgeschlossen. Die Fertigstellung wird im April 2014 erfolgen.

Anhang I:

Mitglieder des Kuratoriums am 31. Dezember 2013

Institution	Name
Adolf Würth GmbH & Co. KG	Prof. Dr. Ulrich Roth
ARD	Dr. Reinhard Hartstein
Bankhaus Sal. Oppenheim	Uwe Gerstenberg (Vizepräsident)
BHE Bundesverband Sicherheitstechnik e.V.	Dr. Urban Brauer
Bosch Sicherheitssysteme GmbH	Michael von Foerster
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege	Dr. Wiebke Steffen
Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK)	André Schulz
Bundesdruckerei GmbH	Ulrich Hamann
Bundesrepublik Deutschland	Bundesminister des Innern Dr. Thomas de Maizière
	Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz Heiko Maas (Präsident)
	Bundesministerin für Bildung und Forschung Prof. Dr. Johanna Wanka
	Bundesminister für Gesundheit Hermann Gröhe
	Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Manuela Schwesig
Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)	Dr. Heiko Willems
Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V.	Dietmar Wolff
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	Henriette Reker
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Städte- und Gemeindebund	Uwe Lübking
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Landkreistag	<i>bis 13. Mai 2013</i> Dr. Kay Ruge <i>seit 13. Mai 2013</i> Jörg Freese
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Städtetag	Dr. Helmut Fogt
Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) Wirtschafts- und Arbeitgeberverband e. V.	Gregor Lehnert

Institution	Name
Christ Juweliers und Uhrmacher seit 1863 GmbH	Melanie Thomann-Bopp
consulting plus Holding GmbH	Stefan Bisanz
Deutsche Bahn AG	Dr. Rüdiger Grube (Vizepräsident)
Deutsche Telekom AG	Axel Petri
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)	Oliver Malchow
Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Prof. Dr. Stephan Wernicke
Deutscher Mieterbund e.V.	Dr. Franz-Georg Rips
Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)	Ingo-Rolf Weiss
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V. (DSGV)	Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis
Freie Hansestadt Bremen	Senator für Inneres und Sport Ulrich Mäurer
Freie und Hansestadt Hamburg	Senator für Inneres und Sport Michael Neumann
Freistaat Bayern	Staatsminister des Innern Joachim Herrmann
Freistaat Sachsen	Staatsminister des Innern Markus Ulbig
Freistaat Thüringen	Innenminister Jörg Geibert
Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV)	Thomas Leicht
Gewerkschaft der Polizei (GdP)	Sascha Braun
Giesecke & Devrient GmbH	Fabian Bahr
Handelsverband Deutschland (HDE) Der Einzelhandel	Stefan Genth
Klüh Security GmbH	Gunnar Rachner
Kommissariat der Deutschen Bischöfe	Prälat Dr. Karl Jüsten
KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Rüdiger H. Birkental
Land Baden-Württemberg	Innenminister Reinhold Gall
Land Berlin	Senator für Inneres und Sport Frank Henkel
Land Brandenburg	<i>bis 28. August 2013</i> Innenminister Dr. Dietmar Woidke <i>seit 28. August 2013</i> Innenminister Ralf Holzschuher

Institution	Name
Land Hessen	Minister für Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn <i>seit 18. Januar 2014</i> Hessische Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann
Land Mecklenburg-Vorpommern	Innenminister Lorenz Caffier
Land Niedersachsen	<i>bis 19. Februar 2013</i> Justizminister Bernd Busemann <i>seit 19. Februar 2013</i> Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz
Land Nordrhein-Westfalen	Minister für Inneres und Kommunales Ralf Jäger
Land Rheinland-Pfalz	Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur Roger Lewentz
Land Sachsen-Anhalt	Minister des Innern Holger Stahlknecht
Land Schleswig-Holstein	Innenminister Andreas Breitner
L-1 Identity Solutions AG	Dr. Martin Werner
Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland	<i>bis 6. März 2013</i> Dr. Stephan Iro <i>seit 6. März 2013</i> Nele Allenberg
Saarland	Ministerin für Inneres und Sport Monika Bachmann
SECURITAS Deutschland Holding GmbH & Co. KG	Manfred Buhl
Siemens AG	Erik Kahlert
VISA Europe Services Inc.	Heike Müller
Weißer Ring e.V.	Dr. Wiebke Steffen
Zentralrat der Juden in Deutschland	Dr. Dieter Graumann
Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI)	Erik Kahlert <i>seit 31. Januar 2014</i> Michael Linek
Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V. (ZDH)	Peter Dreißig

Anhang II:

Mitglieder des Vorstandes am 31. Dezember 2013

Name	Institution
Professor Gerd Neubeck (Vorsitz)	Deutsche Bahn AG
Stefan Daniel (Geschäftsführung)	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Norbert Seitz	Bundesministerium des Innern

Beisitzer des Vorstandes am 31. Dezember 2013

Name	Institution
Dr. Helmut Fünfsinn	Hessisches Ministerium der Justiz
Uwe Gerstenberg	consulting plus Holding GmbH
Norbert Küster	Zentralverband der Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI)

Team der Geschäftsstelle zum Redaktionsschluss am 30. März 2014

Name	Institution	Telefon
		02 28-9 96 81
Stefan Daniel	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	- 3725
Astrid Fuhrmann	Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen	- 3326
Reinhold Hepp	Polizeipräsidium Stuttgart	- 3471
Wolfgang Kahl	Bundeskriminalamt	- 3190
Christine Liermann	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	- 3384
Elke Rink	Bundesministerium des Innern	- 3275
Detlev Schürmann	Polizeipräsidium Bonn	- 3137



HERAUSGEBER

STIFTUNG DEUTSCHES FORUM FÜR KRIMINALPRÄVENTION

C/O BUNDESMINISTERIUM DES INNERN,
GRAURHEINDORFER STRASSE 198

D-53117 BONN

TEL.: 02 28/996 81 37 25

E-MAIL: DFK@BMI.BUND.DE

INTERNET: WWW.KRIMINALPRAEVENTION.DE